

Franz Schandl

VORWÄRTS, ZUR NACHKNAPPHEITSORDNUNG!

Anthony Giddens und die Plattheiten der Zweiten Moderne

Jeder erfolgreiche Politiker hat seine Einsager. Tony Blair hat Tony Giddens. So ist es wohl auch nicht verkehrt, von der hier kritisierten Schrift auf das zu schließen, was als „New Labour“ firmiert. Stellenweise liest sich der Band auch wie ein Parteiprogramm, was für eine Publikation mit theoretischem Anspruch nicht unbedingt ein Kompliment sein muß. Da heißt es dann „kühne Losungen sozialer und politischer Probleme in Betracht zu ziehen“ (S.81), allzuoft geht es um „bemühen“ oder „einsehen“. Natürlich ist es richtig, wenn Giddens meint, daß der Sozialstaat in seiner bestehenden Form nicht überleben kann (S.236), daß dieser auch bisher die wirtschaftliche Ungleichheit nicht abgebaut hat (S.205), daß Vollbeschäftigung als Ziel wenig Sinn macht (S.240), oder daß Klasse nicht mehr als soziale Zugehörigkeit erlebt wird (S.198). Was aber nun?

Demokratie als Dauerlutscher

Einmal mehr soll die Demokratie demokratisiert werden. „Die Demokratisierung liegt im Kampf mit der Macht“ (S.184) schreibt Giddens, als wäre Demokratie (sowie ihre Zwillingsschwester, die Diktatur) etwas anderes als eine Realisierungsinstanz der gesellschaft-

lich geschaffenen Macht. Hier wird ein Dualismus behauptet, der Zusammengehörigkeit verschweigt und Kategorien nicht analytisch, sondern moralisch in gut und böse einteilt.

„Mehr Transparenz der Regierung würde der Demokratisierung der Demokratie nützen“ (S.38), müssen wir da lesen. Müssen wir das lesen? Daß solch abgestandene Slogans noch immer aufgesagt werden, verwundert allerdings, nachdem sie nun schon Jahrzehnte zum Standardrepertoire aller Demokratiereformer gehören. Der Komparativ „demokratischer“ verbaut jedoch die Analyse, da er eine historische und kritische Sicht der Demokratie verstellt. Ihre Leistungen wie Beschränkungen verschwinden in einer enthusiastischen Bewunderung. Sie gleicht dem Guten schlechthin, generiert sich als ontologisches Prinzip für alle Zukunft, als Endziel der Zivilisation.

Das Ideal der Demokratie funktioniert wie ein Wunschkonzert. Der Begriff der Demokratie steht heute mehr denn je unter einem politischen Modezwang, den man „zu allen möglichen Zwecken und bei allen möglichen Anlässen benützen zu müssen glaubt“, wie der bedeutende österreichische Rechtsgelehrte Hans Kelsen bereits vor mehr als siebenzig Jahren geschrieben hat. Und daher „nimmt dieser mißbrauchteste aller politischen Begriffe die verschiedensten, einander oft sehr widersprechen-

den Bedeutungen an, sofern ihm nicht die übliche Gedankenlosigkeit des vulgär-politischen Sprachgebrauchs zu einer keinen bestimmten Sinn mehr beanspruchenden, konventionellen Phrase degradiert.“

Demokratie soll nun als verallgemeinertes Meta-Prinzip weit über den öffentlichen Sektor hinausgreifen: „Der Bereich der persönlichen Beziehungen ist eine maßgebliche Arena potentieller Demokratisierung“, er ist „heute von erstrangiger Bedeutung für viele Aspekte der politischen Reform“ (S.183). Was ist aber ein demokratisiertes persönliches Leben? Vor allem dann, wenn Giddens selbst Demokratie auf Repräsentation zurückführt (S.159)? Wer wird in einer Beziehung repräsentiert? Wie demokratisiert man eine Beziehung, ohne daß sie am Schluß selbst weg ist? Zu schlechter Letzt werden wir noch einmal diskutieren müssen, was ein demokratisches Essen, ein demokratisches Vergnügen oder gar ein demokratischer Beischlaf ist. Und das ist nicht zu weit hergeholt. In seinem Sexualitäts-Buch erstellte Giddens sogar ein Kapitel mit dem bezeichnenden Titel „Intimität als Demokratie“.

Der neue Schlager ist gefunden, und es ist der alte: „Wer ein zweifaches Hoch auf die liberale Demokratie ausbringt, ist dazu in hohem Maße berechtigt.“ (S.158) Es ist der „Lieblingsbegriff der Jetztzeit“ (S.33), dem Giddens völlig kritiklos huldigt. Unerträglich und unertragreich ist das: „Auf einmal haben alle die Demokratie entdeckt“ (S.149), schreibt er. Diese Vereinnahmung ist gelinde gesagt nicht nur falsch, sondern eine Frechheit sondergleichen. Sie erklärt jeder Fundamentalkritik der Demokratie nicht nur eine Absage, sie hält diese für schlicht unstatthaft und unmöglich.

Wenn die domestizierte Linke Demokratie aufkocht, stellt sich stets die Frage, welch Substantiv oder Adjektiv ihr denn gerade wieder einfällt, um die wahre von der wirklichen

Demokratie zu scheiden. Daß die Identität der beiden möglicherweise ein Schlüssel zu ernsthafter Gesellschaftskritik wäre, will ihr nicht in den Sinn. Was nun kommen soll, ist gar eine „dialogische Demokratie“, die nicht zufällig sich am ebenso unhinterfragten *Austausch* (S.167, 181) orientiert: „Die dialogische Demokratie unterstellt lediglich, daß der öffentlich geführte Dialog ein Mittel bereitstellt, um im Verhältnis gegenseitiger *Toleranz* mit dem anderen im Nebeneinander (?!?, F.S.) zu leben ...“ (S.162)

Spielen wir es durch, nehmen wir den Fall eines Arbeitslosen: Man kann ihm wohl plausibel machen, warum sein Arbeitsplatz dem ökonomischen Kalkül zum Opfer fallen mußte, man kann ihm ganz rational erklären, daß sein Unternehmen nicht anders konnte, daß die Entlassung keinen böswilligen Akt darstellt, man kann ihm weiters sagen, daß nach eben dieser Logik bei einer steigenden Arbeitslosenzahl die Leistungen der staatlichen Gemeinschaft gekürzt werden müssen, da sie ansonsten den öffentlichen Haushalt überlasten.

Nur, was wird ihm das alles nutzen, wo fast alle Bedürfnisse und Notwendigkeiten an Geld geknüpft sind, an Geld, das er nun nicht mehr oder nicht mehr ausreichend hat. Mangels Perspektive wird er sich an Zustände klammern, die gerade obsolet werden. Was macht er mit dem Dialog, der gegenseitigen Toleranz und dem Nebeneinander, wenn er seine existentielle Lage bedroht sieht, sich ausgespuckt und entwertet fühlt? Die dialogische Demokratie kann hier doch nur noch als zynische Zumutung, als der Gipfel von Unverschämtheit empfunden werden. Als Gerede, das Probleme einfach eskamotiert. Toleranz und Offenheit, Risikofreude und Flexibilität erscheinen zusehends als die aktuellen Werbeboxe am Jahrmarkt politischer Sinnstiftungen.

Hier liegt aber auch zweifellos das Dilemma der Gewerkschaften. Laßt uns so weitermachen, sagen sie, wo es doch nicht mehr so weitergehen kann. Nichtsdestotrotz spricht das nur gegen deren Orientierung, nicht gegen die Intention, sich gegen die Übergriffe und Zumutungen von Markt und Staat zu wehren.

Der paraphrasierte Marx

Der Abgesang des Soziologen stellt streckenweise eine derart penetrante Belästigung dar, daß nur noch die versprochene Rezension den Abbruch der Lektüre verhindert. Man wird das Gefühl nicht los, daß hier ein renommierter Konjunkturritter den modischen Gepflogenheiten seiner Zeit eben marktgerecht folgt und seinen Sermon ablädt. Was heute gefragt ist, ist morgen nur noch bekannt ob solcher Verrisse.

Aufarbeitung und Kritik der Marxismen sind zweifellos notwendig, aber wenn sie so flach daherkommen, muß man selbst diese vor solchen Übergriffen schützen – von Marx ganz zu schweigen. Giddens schreibt: „Nach Auffassung der kommunistischen Autoren ist das Privateigentum ein soziales Übel. Die Akkumulation persönlichen Reichtums sei eine sittliche Gefahr, die nach Möglichkeit auf ein Minimum reduziert werden müsse“ (S.86). Das ist allerhöchstens eine sozialdemokratische Soziallehre, wie sie von den Gewerkschaften bis zu den Linksradikalen vertreten wurde. Da wird nicht von Marx erzählt, sondern die in der Form schlampige und dem Inhalt nach kautskyianisch-bolschewistische Marx-Rezeption der Achtundsechziger nach wie vor für bare Münze genommen.

Mit Marx allerdings hat das kaum etwas zu tun. Dem wären so pauschale Urteile nicht in den Sinn gekommen. Im Gegenteil: Er be-

zeichnete Privateigentum und Akkumulation für eine bestimmte historische Epoche als unbedingt erforderlich. Daß Marx stets als falsche Paraphrase auftreten muß, ist schon ärgerlich, folgt aber den gängigen medialen Konventionen und universitären Mythen: „Die im Sinne der sozialistischen Lesart des dialektischen Verhältnisses zwischen Herr und Knecht aufgestellte These, daß die Geschichte vor allem von den Benachteiligten gemacht werde, ist zwar verführerisch, aber falsch“ (S.335). Es stellt sich allen Ernstes folgende Frage: Kennt Giddens Marx? Und wenn ja, woher?

Lebensstil und Subpolitik

„Die meisten Sozialmaßnahmen sind in der Tat so angelegt, daß sie nicht an den Ursachen ansetzen, sondern bereits eingetretene Ergebnisse zurechtrücken wollen – eine Hauptquelle des staatlichen Versagens“ (S.209). Auch das birgt einen schweren Denkfehler: Sozialpolitik ist immer *nachsorgend*, sie ist dazu da, Resultate zu korrigieren, die sie nicht verhindern kann. Es geht dabei um die Linderung gesellschaftlicher Diskrepanzen und Nöte. Daß es so etwas wie Sozialpolitik überhaupt gibt, rührt also aus einem strukturellen Manko der Gesellschaft. Der Sozialstaat verwaltet wirkliche (oder teilweise auch eingebildete) Defizite. Sozialpolitik ist eine kapitalimmanente Funktion. Eine vorsorgende Sozialpolitik ist per definitionem unmöglich. Das Problem gegenwärtig ist, daß der Sozialstaat immer weniger kann, weil ihm schlicht und einfach das Geld für die zu Bedienenden ausgeht. Was sich als böswilliger Übergriff darstellt, ist eigentlich eine funktionale Überlastung.

Nicht mehr der Sozialismus wird angestrebt, sondern eine *Nachknappheitsgesell-*

schaft. Von der Umverteilung wird Abschied genommen (S.265): „Gäbe es in der Nachknappheitsgesellschaft immer noch einen Sozialstaat? Nein, den gäbe es nicht mehr“ (S.263 f.). Laut Giddens geht es nun um ein „Lebensstil-Abkommen“ (S.264) – nur: sind alle Lebensstile wünschens- und tolerierenswert? Ist der Lebensstil eines Obdachlosen eine individuelle Möglichkeit oder nicht doch eher eine individuelle Verunmöglichung? Und wie können Abkommen ausgehandelt werden, die nicht einfach Diktat ökonomischer Verhältnisse sind? Oder ist einmal mehr die Freiheit nichts anderes als die Einsicht in den Notwendigkeit genannten gesellschaftlichen Zwang?

Wie soll die propagierte „Subpolitik“, diese „Gesellschaftsgestaltung von unten“ (Ulrich Beck) dem Markt und seinen Anmaßungen Grenzen ziehen? Wie sollen Machtverhältnisse überwunden werden? Wie kann die Pauperisierung ganzer Bevölkerungsgruppen verhindert werden? Hier gerät Giddens – wie so oft – auf die Ebene frommer Wünsche. Was er postuliert, hat mehr von einer Predigt als von einer Untersuchung: „Dialog beruht zwar nicht auf materieller Gleichheit, setzt aber voraus, daß unterschiedlich verteilte Ressourcen nicht dazu benutzt werden, die Äußerung bestimmter Ansichten zu verhindern oder die Voraussetzungen des dialogischen Austauschs in ein drastisches Ungleichgewicht zu bringen“ (S.184).

Das Hohelied der Politik feiert jedenfalls Auferstehung, ohne freilich angeben zu können, warum sie können soll, wozu sie ausersehen ist. Politik hat – wie bei Ulrich Beck – wiedererfunden zu werden: „Die erfinderische Politik ist eine Politik, der es darum geht, Individuen und Gruppen im Kontext der gesamtgesellschaftlichen Belange und Ziele die Möglichkeit zur Veranlassung des Geschehens zu geben, anstatt daß ihnen die Dinge widerfahren. Der erfinderische Politikbegriff tritt

für eine öffentlich ausgetragene Politik ein, die den alten Gegensatz zwischen Staat und Markt überwindet. (...) Eine Schlüsselthese des vorliegenden Buches besagt, daß die erfinderische Politik das wichtigste Mittel ist, um heute wirksam Armut und sozialer Ausgrenzung begegnen zu können“ (S.36-37).

Gefällige Gefälligkeiten

Bürgerkriege sind Ausnahme geworden meint der Autor (S.175, 311), um es dann doch nicht ganz so zu meinen. Es kann so sein, aber es kann auch anders sein: „Auseinandersetzungen wie die im ehemaligen Jugoslawien und in anderen Regionen mögen ein Überbleibsel der Vergangenheit sein und dazu dienen, Linien der Trennung und der Feindschaft zu ziehen. Nicht auszuschließen ist aber auch die eher (!?! F.S.) beunruhigende Alternative, daß sich in diesen Vorgängen künftige Entwicklungen abzeichnen“ (S.324). Schon tragisch, wenn die Ausnahmen so zunehmen.

Doch auch da weiß Giddens Rat. Man lese und staune: „Erstens ist der potentielle Einfluß der dialogischen Demokratie zu nennen. Zweitens die Abwehr des Fundamentalismus. Drittens geht es um die Kontrolle der „negativen Spiralen emotionaler Kommunikation“ (S.325). So geht es die ganze Zeit dahin. Giddens schwadroniert. Schon sein Buch über Sexualität („Der Wandel der Intimität“) war von einer ganz dem Thema widersprechenden Trockenheit. Langweilig ist auch dieses.

Der Niedergang des Sozialstaats scheint mit dem Niedergang der zugehörigen Sozialwissenschaft zu korrespondieren. Solch Soziologie ist in ein regressives Stadium getreten: Sie schwätzt. Daß Anthony Giddens gar ein großer Denker ist, können nur kleine Denker denken. Da ist weder Stringenz im Verstand, noch Eloquenz im Ausdruck. Giddens kann so

auch nicht das eine durch das andere wettmachen. Daß er trotzdem gefällt, sagt mehr über die Gefälligkeit der Bewunderer als über den Bewunderten. Nicht nur im Feuilleton, selbst auf den politischen Seiten feiert der britische Professor seltsame Hochzeiten. Die zustimmende Giddens-Rezeption erinnert an das genarrte wie sich selbst narrende Volk in „Des Kaisers neue Kleider“. Da macht man doch gerne das Kind.

Appell und Postulat sind es, die dieses Werk beherrschen, seine negative Pointe ist der Fatalismus: „Zur Natur oder zur Tradition können wir zwar nicht mehr zurückkehren, doch als einzelne wie als Menschheit insgesamt können wir eine neue Moral anstreben für unser Leben im Kontext der positiven Hinnahme hergestellter Unsicherheit“ (S.305). Die Hinnahme steigert sich zur Hingebung, obwohl sie doch bloß eine Hinrichtung ist. Das Risiko wird von einer kritischen zu einer akklamierten Größe. Die hergestellte Unsicherheit wird zur programmatischen Leitlinie. Das drangsalierte Subjekt verwechselt sich einmal mehr mit dem freien Menschen.

Wie paßt nun die „positive Hinnahme hergestellter Unsicherheit“ zu der selbstbestimmten „Möglichkeit zur Veranlassung des Geschehens“? Nun, des Rätsels Lösung bei Giddens oder auch bei Blair ist wohl ganz einfach: Es geht darum, dafür zu sein, was auf einen zukommt. Propagiert wird die blanke Affirmation des Geschehens, und die Überaffirmation desselben feiert sich dann als erfinderische Politik, als dialogische Demokratie oder gar als radikale Perspektive.

Vor allem, was da radikal sein sollte, ist ein völliges Rätsel. Ebenso, warum „radical“

mit den Wortungetümen „radikal-kritisch“, „radikal-politisch“ und „radikal-demokratisch“ übersetzt wird. Peinlich sind auch unzählige Formulierungen wie etwa jene gleich auf der ersten Seite des Buches betreffend das Ende der Sowjetunion: „Nicht ahnen konnten zu diesem Moment jedoch weder die Zeitgenossen noch ich (...)“ (S.9). Überhaupt wird da oft sehr hurtig übersetzt. Die Schwächen dürften hier aber weniger bei den Übersetzern liegen, als an dem Tempo, das die Verlage vorgeben. Ausstoß geht vor Qualität. Output und Cash müssen stimmen, auch wenn man das den Texten noch so anmerkt.

Es ist nicht viel, was hier an erfinderischer Politik erfunden wurde. Wenn Ulrich Beck, der Herausgeber der „Edition Zweite Moderne“ bei Suhrkamp, behauptet, die Bände dieser Reihe „brechen aus dem „ehernen Gehäuse“ der Wissenschaften aus und bestimmen die Prozesse der Zweiten Moderne in einer lebendigen und verständlichen Sprache“, so muß dem ganz entschieden widersprochen werden. Ein Buch wie das von Giddens erscheint eher als der letzte Sud abendländischer Wissenschaft. Da ist nichts neu, da ist nichts lebendig, und was da verständlich ist, wurde längst verstanden.

Anthony Giddens, *Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie*. Aus dem Englischen von Joachim Schulte, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1997, 339 S., Paperback, 30 DM